

Kurzprotokoll

Videokonferenz Fachausschuss XII Kulturpolitik

Datum:

Freitag, 24.04.2020

Zeit:

17.00 - 18.00 Uhr

Anwesende:

Barbara Scheffer, Wibke Behrens, Ingo Siebert, Martin Kromm, Dr. Eva Högl, Frank Jahnke, Matthias Böttcher, Jens Englert, Tobias Kunow, Vera Morgenstern, Christina Roth, Felicitas Tesch

Tagesordnung:

1. BE Dr. Eva Högl, MdB, Ausschuss für Kultur und Medien im DBT
2. BE Frank Jahnke, Kulturpolitischer Sprecher SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
3. Bericht aus dem Landesvorstand
4. Planung SteP Kultur
5. Bericht aus den Bezirken
6. Verschiedenes

Annahme der TO und Begrüßung durch Barbara

Ad 1.

Im Zentrum der Berichterstattung von Eva Högl standen Hilfen für Kulturschaffende, die im Zuge der Corona-Krise Unterstützung benötigen. Verwiesen wurde auf Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld, bei der Grundsicherung und der Künstlersozialkasse, die auf Bundesebene beschlossen worden seien.

Weiterhin ging Eva Högl auf Hilfsprogramme ein, die vom Bund und vom Land Berlin beschlossen worden seien. Während das Berliner Förderprogramm Zuschüsse bis 5.000 EUR pro Antragsteller*in ermöglichen, seien es beim Bund, gestaffelt nach Betriebsgröße, maximal 9.000 EUR bzw. 15.000 EUR. Jedoch dürfe der jeweilige Betrag nur als Betriebskostenzuschuss ausgezahlt werden. Da eine Auszahlung an Kulturschaffende deshalb oftmals nicht möglich sei, müsse das Programm in ihrem Sinne nachgebessert werden. Im Gespräch sei ein Betrag für die Lebenshaltung in Höhe von 1.000 bis 1.200 EUR. Hamburgs Kultursenator Carsten Brosda sei federführend mit der Angelegenheit betraut.

Außerdem gelte es, Kultureinrichtungen zu unterstützen. Hier seien sowohl der Bund als auch das Land Berlin gefragt. Gedacht sei an einen Sonderfonds für Clubs, Festivals und vergleichbare Angebote. Diese müssten allerdings über die Corona-Zeit hinaus selbst Strukturen aufbauen, um das Risiko von Infektionen zu verhindern. Hierzu könnten z. B. neue Veranstaltungsformate oder eine Begrenzung der Gästezahlen zählen.

Im Deutschen Bundestag bereits in erster Lesung beraten worden sei ein Gesetzentwurf zu Veranstaltungen und konkret zum Umgang mit bereits gekauften Tickets. Eine Erstattung würde viele Veranstaltungsbetriebe überfordern. Deshalb laute der Vorschlag, Gutscheine auszugeben, die bis zum 31.12.2021 eingelöst werden können. Nur wenn eine solche Einlösung nicht erfolge, solle der Ticketpreis erstattet werden. Eine solche Rückzahlung käme

auch Ticketinhaber*innen zugute, denen eine verspätete Nutzung ihrer Karten aus den verschiedensten Gründen nicht zuzumuten sei.

Eva Högl berichtete auch über Handlungsbedarf in der Arbeitslosenversicherung für den Personenkreis, der nur unregelmäßig sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist.

Ad 2.

Frank Jahnke verwies in seinem Bericht auf den regelmäßigen Kontakt zu den weiteren kulturpolitischen Sprechern im Berliner Abgeordnetenhaus hin. Am 23.04.2020 habe es außerdem eine große Schalte mit Martin Rabanus, dem kulturpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und den kulturpolitischen Sprecher*innen aller SPD-Landtagsfraktionen gegeben. Dabei habe sich herausgestellt, dass die zum Erhalt finanzieller Unterstützung nötige Trennung zwischen Lebensunterhalt und Betriebskosten für Kulturschaffende bundesweit ein Problem sei. Die Mittel aus dem Berliner Programm von maximal 5.000 EUR pro Antragsteller*in seien nach zwei Tagen ausgeschöpft gewesen. Jedoch sollen alle, die bisher noch kein Geld bekommen haben, in nächster Zeit noch berücksichtigt werden.

Frank Jahnke bestätigte, dass aus dem Programm des Bundes je Antragsteller*in bis zu 9.000 EUR überwiesen werden können. Die Hilfen des Bundes seien nach Beschäftigtenzahl gestaffelt. Unterschieden werde zwischen Betrieben mit eins bis fünf sowie mit sechs bis zehn Beschäftigten. Jedoch sei Unterstützung auch für Unternehmen mit über zehn Beschäftigten nötig. In diesem Zusammenhang verwies Frank Jahnke auf das Soforthilfeprogramm 4. Hier sei mit der Möglichkeit für eine Antragstellung ab Anfang Mai zu rechnen. Anschließend entscheide ein Bewilligungsausschuss über die Auszahlung von bis zu 25.000 EUR pro Einrichtung. Insgesamt stehen aus diesem Topf 30 Millionen Euro zur Verfügung. Auch diese Summe reiche wohl nicht aus, um alle Antragsberechtigten bedenken zu können. Zu diesen zählten ausschließlich privatrechtlich organisierte Institutionen, diese allerdings auch nur dann, wenn sie nicht in hohem Maße institutionell gefördert würden.

Ein wichtiges Thema sei auch der Vollzug des übrigen Kulturhaushaltes. Mit Blick auf den Doppelhaushalt habe man viel erreicht, dies müsse jetzt aber abgesichert werden. Es sei alles auf den Weg gebracht, zitierte Frank Jahnke den Regierenden Bürgermeister Michael Müller. Allerdings warte man noch auf Entscheidungen der Kulturstiftung des Bundes. Frank Jahnke nannte noch einmal die bereits öffentlich kommunizierten Termine für die Wiedereröffnung kultureller Einrichtungen. Museen und Ausstellungen könnten, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, ab 04.05.2020 wieder öffnen. Theater und Musiktheater hingegen blieben bis Ende Mai geschlossen und Großveranstaltungen dürften bis zum 24.10.2020 nicht stattfinden.

Wibke Behrens verwies darauf, dass das Aussetzen von Förderprogrammen (am Beispiel spartenoffene Förderung) mit der Erklärung, es seien Kosten durch Covid 19 abzufedern, nicht passieren darf. Frank Jahnke entkräftete daraufhin diese Befürchtung. Querfinanzierungen aus diesen Töpfen fänden nicht statt.

Ad 3.

Aus dem SPD-Landesvorstand berichtete Ingo Siebert über weitere Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise. Derzeit liege der Schwerpunkt auf Schulen und Kindertagesstätten. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus arbeite konkret an einem Entwurf für die Öffnung von Kindertagesstätten, Spielplätzen und weiteren Einrichtungen.

Ad 4.

Bezüglich eines vom Fachausschuss XII Kulturpolitik geforderten Stadtentwicklungsplans Kultur teilte Frank Jahnke mit, dass ein entsprechender Antrag mittlerweile in der Fraktion durch alle AKs gegangen sei und dieser nun an die anderen Fraktionen gehen werde.

Ad 5.

Hinsichtlich eines Fragenkatalogs an die Bezirke zur Kulturpolitik berichtete Martin Kromm, dass man die Rückmeldungen dazu mittlerweile erhalten habe. Nun gelte es, die Antworten auszuwerten. Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf sei im letzten Monat ausgefallen. Die FDP wolle nun eine Sitzung erzwingen, gegebenenfalls auch gerichtlich.

Die Sitzungen der BVV Mitte seien durch Abstandsbestuhlung gewährleistet, so Vera Morgenstern. Nötig sei aber auch die Gremienarbeit, z. B. zur Klärung von Fragen zur Organisation geplanter Gedenkveranstaltungen. Bezüglich der gewünschten Benennung einer Straße oder eines Platzes nach der früheren Bundestagspräsidentin Annemarie Renger teilte Vera Morgenstern mit, dass hierzu nun ein Bereich zwischen dem Paul-Löbe-Haus und dem Bundeskanzleramt im Gespräch sei. Vera Morgenstern bat Frank Jahnke, die Errichtung eines Denkmals zum Judenpogrom von 1510 zu unterstützen, was dieser auch zugesagte.

Die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf kann laut Felicitas Tesch mit 28 statt 55 Personen tagen. Es sei eine entsprechende Abstandsregelung getroffen worden, außerdem sei die Sitzungsdauer auf eine Stunde beschränkt. Ausschusssitzungen gebe es zwar noch nicht, der SPD-Fraktionsverband tage allerdings schon wieder. Es sei entschieden worden, dass Freischaffende, die vor der Corona-Krise unterrichtet hätten, weiterhin bezahlt würden.

Ad 6.

Zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ gab es keine Wortmeldungen.

Abschließend verwies Barbara auf den nächsten Fachausschuss-Termin am 15.5., ebenfalls als Videokonferenz.

Jens Englert, Martin Kromm (Protokollanten)